



Bern, 27. Oktober 2006

RGM-Halbzeitbilanz 2005-2008 des Grünen Bündnis Bern

## Grünes Bündnis bewegt Bern ... weiter

### 1. Bern wandelt sich zur grün-roten Hauptstadt

*Aus den roten Städten von einst sind rot-grüne Hochburgen geworden, überschrieb jüngst die NZZ eine politische Analyse der Regierungsmehrheiten in urbanen Gebieten.<sup>1</sup> Nicht nur in Bern, sondern in allen fünf Grossstädten mit mehr als 100'000 EinwohnerInnen dominiert politisch Rot-Grün. Die Städte haben sich auch soziodemografisch verändert. Rot-Grün ist längst kein kurzfristiges politisches Experiment mehr, sondern gibt glaubhafte Antworten auf aktuelle Probleme. Ein politischer Wechsel scheint vorerst nicht in Sicht.*

Die WählerInnen haben bei den Wahlen im Dezember 2004 RotGrünMitte für eine vierte Legislatur gewählt. Sie stärkten dabei den links-grünen Teil von RGM – sowohl das Grüne Bündnis wie auch die GFL konnten zulegen. Im verkleinerten Gemeinderat wurde dank Regula Rytz neben einer RGM- auch eine Frauen-Mehrheit gewählt. Mit Regula Rytz als TVS-Direktorin sind aus grüner Sicht wichtige Verkehrs-, Bau- und Planungsdossiers in kompetenter Frauenhand.

Der grüne Trend hat sich inzwischen fortgesetzt: Bei den Grossratswahlen im Frühjahr 2006 hat fast jederR dritteR WählerIn in Bern Grün gewählt (Links-Grün: 29,7%; SP: 26,3%). Der rot-grüne Erfolg auch auf Kantonsebene hat gezeigt: Rot-grüne Politik ist über die Städte hinaus als handlungsfähig und verantwortungsbewusst anerkannt. Ihr traut man zukunftsverträgliche Lösungen mit sozialem Gewissen und ökologischer Nachhaltigkeit zu.

Bern zeichnet sich nicht nur durch eine – schweizweit einmalig – starke grüne Vertretung in der Stadtpolitik aus, sondern hat auch bei der Abstimmung über das Asylgesetz im September 2006 als einzige grosse Deutschschweizer Stadt Nein zu den fremdenfeindlichen Verschärfungen gestimmt.

### 2. Zwischen (erfolgreicher) Binnen- und (harziger) Aussenpolitik

*A-Stadtprobleme<sup>2</sup> verlagern sich über die Stadtgrenzen hinaus in die Agglomerationsgemeinden. Gemeindeübergreifende Probleme verlangen neue Formen der Zusammenarbeit innerhalb der Agglomeration, aber auch gegenüber dem Kanton. Gemeinsame Lösungen braucht es insbesondere in den Bereichen Verkehr und Siedlungsentwicklung, soziale Infrastrukturen, Bildung und Partizipation von MigrantInnen. Der neue Regionalrat kann nur ein erster Zwischenschritt sein. Zentral wird es sein, die Interessen von Stadt und Agglomeration Bern – über die Parteigrenzen – mit einer Stimme hinweg zu vertreten.*

Von 15 Gemeindeabstimmungen hat die Berner Stimmbevölkerung 14 Vorlagen unterstützt, so den Bahnhofplatz inklusive Baldachin, das neue recyclingfreundliche Abfallreglement, zwei Budgetvorlagen und die neue Bauordnung mit der wohnfreundlichen Variante. Einzig der Entsorgungshof Nord fand nach einer polemischen Kampagne keine Mehrheit. Damit stützt die Bevölkerung grossmehrheitlich die Politik von Gemeinderats- und Parlamentsmehrheit.

Positiv ist das verstärkte Engagement des Gemeinderats bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und beim Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung.

<sup>1</sup> Von den „roten Städten“ zu den rot-grünen Hochburgen, von Werner Seitz, NZZ vom 21. Oktober 2006.

<sup>2</sup> Überdurchschnittlicher Anteil in der Bevölkerung an: Arbeitslosen, Armen, Alten und Ausgesteuerten.

Schwieriger ist die Bilanz bei der Aussenpolitik. So fällt in die erste Halbzeit die Ablehnung der neu berechneten Zentrumslasten im Grossen Rat (Verlust für Bern: 23 Mio. Franken). Die anfänglich noch bekämpfte – inzwischen als unausweichlich angesehene – Kantonalisierung von Police Bern entwickelt sich für die Stadt Bern zu einer finanzpolitischen Black-box. In Bereichen wie der regionalen Kulturkonferenz, in der Agglomerationspolitik, aber auch bei regionalen Verkehrsplanungen (Stichwort: Wankdorfkreisel) ist es der Stadt noch nicht gelungen, ihre Anliegen gegenüber den Gemeinden der Agglomeration Bern zu kommunizieren. Hier ist mehr Überzeugungsarbeit nötig. Dies obwohl sich die Themen in Stadt und Agglomeration zunehmend gleichen: z.B. die grosse Anzahl Ausgesteuerter und die Zunahme Sozialhilfeabhängiger. Aber auch der PendlerInnen-Verkehr und der Lärm sind längst nicht mehr ein reines Stadtphänomen. Der Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen wird zunehmend auch in den Agglomerationen zu einer gesellschaftlichen Notwendigkeit.

Die Verkleinerung des Gemeinderats hinterlässt Spuren bei der grossen Arbeitsbelastung der fünf Gemeinderatsmitglieder, die leider zu wenig Spielraum für direktionsübergreifende Aussenkontakte lässt. Die Regierungsreorganisation mit der Verkleinerung auf 5 Direktionen hat weder organisatorische, noch finanzielle Synergien gebracht und muss daher kritisch bilanziert werden.

### **3. Erfolgreich grüne Energiewende eingeleitet**

*Der Erfolg der Grünen, sowohl lokal wie auch kantonal, zeigt deutlich, dass ökologische Anliegen in der öffentlichen Meinung wichtiger geworden sind. Diesen WählerInnenauftrag will das GB umsetzen. Es braucht neue Lösungen für eine umweltverträgliche Stadtentwicklung und Energie- und Verkehrspolitik.*

Die letzten zwei Jahre zeigen bereits Erfolge mit grüner Handschrift: Die GB-Forderung für eine Wende bei der Energiepolitik<sup>3</sup> insbesondere von EnergieWasserBern EWB trägt erste Früchte: so hat der Gemeinderat eine nachhaltige Energiestrategie verabschiedet, EWB setzt mehr auf erneuerbare Energien und mit der neuen Tarifgestaltung soll erneuerbarer Strom gegenüber dem dreckigen und billigen Atomstrom gefördert werden. Bern ist auf dem Weg sich von seinen Atombeteiligungen (u.a. AKW Fessenheim) zu trennen, und die Erhöhung der Staumauer von KWO+ wird von einer Mehrheit des Stadtrats abgelehnt.

Die gesundheitsgefährdenden Ozonwerte der vergangenen Sommer und die Feinstaubproblematik vom Januar 2006 haben breite Kreise der Bevölkerung sensibilisiert. Neben Bund und Kanton will auch die Stadt Bern weitere Massnahmen im Bereich Luftreinhaltung ergreifen. Dank einem – vom GB Bern aktiv unterstützten – Referendum wird Ende November abgestimmt, ob für die Pistenverlängerung des Flughafens Bern-Belp Steuermillionen eingesetzt werden oder nicht.

### **4. Bürgerliche Verweigerung und Obstruktion gegen städtische Interessen**

*Während Rot-Grün eine erfolgreiche Bilanz ziehen kann und gemäss der NZZ<sup>4</sup> eine „weitgehend pragmatische Politik“ macht, wird die FDP vom „aggressiven Rechtsdruck“ der SVP unter Druck gesetzt. Damit ist die FDP anscheinend für offene, urbane WählerInnen nicht mehr wählbar. SVP und FDP werden zu „Wenig-Themen-Parteien“ wie Auto und Abfall. In erster Linie werden die Interessen des motorisierten Individualverkehrs vertreten (u.a. gescheiterte Initiative „Grüne Welle“) oder es wird Negativwerbung für Bern gemacht (Thema Abfall und „dreckige“ Innenstadt). Eine seltene Ausnahme ist der Kurswechsel der FDP bei der Unterstützung des neuen Projekts Tram Bern West. Die Diskussionsverweigerung der SVP beim Boykott der Budgetdebatte 2007 zeigt, dass medienwirksames Poltern höher gewichtet wird als konstruktive Sachpolitik.<sup>5</sup> Wünschbar wäre, dass die bürgerlichen Kräfte sich gegenüber Kanton und Region für eine gerechte Lösung bei den Zentrumslasten einsetzen.*

---

<sup>3</sup> Positionspapier und Vorstösse „Mehr Grüne Kraft für EWB“ vom August 2005 (siehe [www.gbbern.ch](http://www.gbbern.ch))

<sup>4</sup> Politologe Werner Seitz, in: NZZ vom 21. Oktober 2006.

<sup>5</sup> Siehe auch Kommentar: „Lösungen statt Stilfragen“ vom 23.9.2006 im BUND von Regula Rytz.

## 5. Ausblick: Herausforderungen für 2007-2008

Der klare Entscheid zur neuen Bauordnung unterstützt die Bestrebungen, mehr Wohnraum zu schaffen und zeigt auch das Bedürfnis nach guter Wohnqualität. In den letzten Monaten baut Bern wieder und bereitet auch die Areale dafür vor. Neben Quantität braucht es aber unbedingt auch Qualität: eine gute Wohnungsmischung, **günstigen Wohnraum**, insbesondere für Familien, die Förderung von **genossenschaftlichem Wohnungsbau** und zukunftsträchtiger Wohnformen wie autofrei oder **Minergie und Passivhäuser**.

Weiterhin ungelöst ist die **Wegweisungspraxis der Polizei**. Obwohl sich der Sisyphuscharakter immer deutlicher zeigt, ist der Gemeinderat hier nicht bereit, einen notwendigen Kurswechsel zu machen. Eine nüchterne Bilanzierung von Nutzen und Ertrag wäre sinnvoll. Die **Berner Drogenpolitik** soll sich in Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden veränderten Bedürfnissen in den Bereichen Prävention und Schadensminderung anpassen.

Die **Integration von MigrantInnen** soll einfacher gemacht werden. Dazu braucht es koordinierte und zugängliche Integrations-Projekte in Quartieren, Schulen und im Sozialbereich. Das GB setzt sich dafür ein, dass das **Stimm- und Wahlrecht für AusländerInnen** auf kantonaler Ebene möglich wird und fordert anschliessend die rasche Umsetzung in Bern. Die neue **Einbürgerungspraxis** wird fortgeführt. Ein wichtiger integrations-, aber auch bildungspolitischer Schritt ist die flächendeckende Einführung der **Basisstufe**.

Die Erwartungen der **Kulturinstitutionen** sind mit dem gemeinderätlichen Kulturkonzept hoch. Unklar ist momentan, wie die gewünschten Beträge finanziert werden können. Wichtig ist, dass insbesondere die **kleineren Institutionen und das freie Kulturschaffen** gestärkt werden. Die Kantonalisierung grosser Kulturinstitutionen (Zentrum Paul Klee, Stadttheater) muss ohne Scheuklappen geprüft werden. Die **Kultur-Legi** soll gestärkt werden.

Erfreulicherweise ist das Budget 2007 wiederum ausgeglichen. Die mittelfristigen **Finanzperspektiven** verlangen aber eine restriktive Ausgabenpolitik, welche alle (neuen) Ausgaben auf ihre **Nachhaltigkeit** überprüft. Im Gegenzug gibt es nach mehreren Sparrunden in den 90er Jahren wenig Spielraum für grössere Streichkonzerte ohne dass vitale Bereiche öffentlicher Dienstleistungen abgebaut werden müssten. Daher braucht es auch einnahmenseitige Verbesserungen. Eine Steuererhöhung kommt nicht in Frage, hingegen z.B. eine **Eventabgabe nach dem Verursacherprinzip** für kommerzielle Grossanlässe (siehe GB-Motion). Bern muss weiterhin für einen **gerechten Ausgleich der Zentrumslasten** beim Kanton und Bund kämpfen. Bei der geplanten kantonalen Steuergesetzrevision muss sich Bern gegen geplante Steuerausfälle in Millionenhöhe für Unternehmen und hohe Einkommen wehren.

Sowohl der Kanton wie die Stadt setzen mit dem Agglomerations-Konzept „Siedlung und Verkehr“ auf die **Förderung des öffentlichen Verkehrs und des Langsamverkehrs**. Dazu braucht es im November 06 grünes Licht für das **Tram Bern West**, wofür die Signale angesichts der breiten überparteilichen Unterstützung gut stehen. Die Förderung des Langsamverkehrs in der Stadt Bern soll fortgeführt werden. Die Umlagerung des motorisierten Individualverkehrs, z.B. durch die neue Mobilitätsberatung von Unternehmungen und die Verkehrsberuhigung in den Quartieren sollen weiterhin verkehrspolitische Richtschnur bleiben. Ein Wankdorfkreisel, der mehr Verkehr und Lärm bringt, ist nicht stadtverträglich.

Das Grüne Bündnis hofft, dass sich Bern anlässlich der EURO 08 mit dem neuen Bahnhofplatz als **offene, sport- und lebensfreudige Stadt** präsentieren kann.

Natalie Imboden, Stadträtin / Präsidentin Grünes Bündnis Bern

Die Vorstösse der GB-StadträtInnen, bzw. der GB/JA-Fraktion sind auf der Webseite [www.gbbern.ch](http://www.gbbern.ch) dokumentiert:  
<http://www.gb-aves.ch/gbstadt-bern/vorstoesse/2006/index.html>